

Die... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Die... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Fernsprecher: Zentrum 152 30-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalangriff des Unternehmertums in der Tschechoslowakei

Von Josef Pelina, Aussenred.

Jetzt kein Tag vergeht, an dem nicht irgend ein großer Angriff... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Das ist auch heute der Fall. Die Absatzkrise steigt von Tag zu Tag... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Die Lösung der Krise erscheint dem Unternehmertum einfach genug... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Den Reigen eröffneten schon im Februar v. J. die Metallindustriellen Nordböhmens... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Im Ostrauer Steinkohlentage wollten die Bergarbeiter... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Doch kaum war dieser Kampf beendet als bereits eine neue Gruppe von Schürfmachern auf den Plan trat... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Das Reparationsprogramm für 1922

Der Beschluß der Reparationskommission

Paris, 22. März.

Die Agence Havas meldet: Die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto...

Paris, 21. März.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Reparationskommission hat heute um 9 Uhr abends eine öffentliche Sitzung abgehalten...

Die Reparationskommission ist mit diesem Beschluß, wie zu erwarten war, den in Cannes gemachten Vorschlägen beigetreten... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Seit der Konferenz von Cannes sind von Deutschland während des Provisoriums sieben Raten zu je 31 Millionen Goldmark an die Reparationskommission geleistet worden... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Mindestens so wichtig wie die endgültige Bestimmung der Leistungen für das Jahr 1922 werden die Bedingungen und die Garantien sein... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Cloyd George will ein Vertrauensvotum

London, 21. März.

Chamberlain bestätigte heute nachmittag im Unterhause, daß Cloyd George vor der Abreise zur Genuever Konferenz im Unterhause eine Abstimmung über die Politik der Regierung auf der Konferenz stattfinden lassen werde... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Auf eine Anfrage von Clynes erwiderte Chamberlain, daß in Cannes vereinbarte Programm für Genoa sei seinerzeit veröffentlicht worden... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Arbeiterchaft der Skodawerke in Pilsen, der Polshütte, der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Breitsfeld Danek, Ringhofferwerke, Kolben in Prag usw. Im März... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Wir stehen somit in der Tschechoslowakei vor äußerst erbitterten Nationalkämpfen... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Gerade in den Gewerkschaften, die die Kommunisten in den Händen haben, wie bei den tschechischen Landarbeitern und chemischen Arbeitern... in der Unternehmerrichtung... in der Unternehmerrichtung...

Die Getreideumlage

Konferenz der Ernährungsminister

Am Dienstag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Huber eine Konferenz der Ernährungsminister der Länder. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Getreidebewirtschaftung und der Kartoffelverföhrung. Sämtliche Länder, mit Ausnahme von Bayern, dessen Vertretung sich eine endgültige Stellungnahme verweigert, sprachen sich, wie der „Vorwärts“ mitteilt, für die Beibehaltung der Getreideumlage aus. Ueber die Höhe der Umlage gingen die Meinungen weit auseinander. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß der Gesamtbedarf an Brotgetreide durch die Umlage gedeckt werden soll. Festgestellt wurde auch, daß schon die Erhebung der bisherigen Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen mancherlei Schwierigkeiten ergeben hat.

In bezug auf die Kartoffelverföhrung herrichte wohlkommenes Einverständnis darüber, daß die freie Wirtschaft auf dem Kartoffelmarkt zu den allergrößten Schwierigkeiten in der Ernährung geführt hat. Allgemein wurden Maßnahmen gefordert, um für das kommende Wirtschaftsjahr die Verföhrung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu sichern. Auch wurde verlangt, daß bezüglich der Kartoffelverföhrung andere Schritte als bisher unternommen werden. Die Auffassung der Konferenz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschlieöung, die von dem Reichsernährungsministerium bestimmte Vorschläge für die Erfassung der Kartoffeln verlangt, zum Ausdruck gebracht.

Damit hat die Ernährungskonferenz sich im wesentlichen auf den Standpunkt gestellt, den besonders die unabhängige Reichstagsfraktion in der Frage der Kartoffelbewirtschaftung schon vor Monaten eingenommen hat. Wäre man damals ihrem Antrage gefolgt, so wäre der unheilvolle Kartoffelmangel, den die Hermesische Politik heraufbeschworen hat, nicht eingetreten.

Als Kandidaten für das Reichsernährungsministerium werden gegenwärtig der sachsenburgische Ministerpräsident Tantsen, der frühere preussische Staatssekretär Warmbold und der Staatssekretär für Volksernährung Hagedorn genannt; außerdem auch Professor Kerebau.

Wir halten nach wie vor die Existenz eines Ernährungsministeriums für überflüssig und nur den Interessen der Agrarier Vorjud leistend. Die Sozialdemokratische Partei, die bisher die gleiche Anschauung hegte, ist nach Mitteilung des „Vorwärts“ geneigt, unter gewissen Voraussetzungen einer Neubesezung des Ernährungsministeriums vorkäufig zuzustimmen. Sie bezeichnet Hagedorn aber als ganz unbrauchbar, mit Tangen könne sich die Partei einverstanden erklären, trotzdem auch gegen ihn äußerst starke Bedenken bestehen.

Hindenburg-Del

Zum Kapitel: Patriotismus und Geschäft

Wer denkt nicht mit Grauen an jene glorreiche Zeit zurück, wo Hindenburgs Bild uns aus allen Fensterauslagen, von den Wänden, Türen, Zigarrenschubkästen, Wirtschaftsgegenständen und intimsten Toilettegegenständen entgegenlachte? Diese „groöe“ Zeit scheint trotz aller bösen Erfahrungen nicht unwiderstehlich vorüber zu sein. Mindestens zeigen einige Anzeichen, daß der Hindenburggrummel wieder beginnt, allerdings, entsprechend der praktischen Veranlagung der Interessenten, in Verbindung mit dem spekulativen Streben nach einem höheren Profit, das sich bekanntlich immer mit dem Patriotismus sehr gut vertrug.

Uns liegt die in Form einer Wandkarte hergestellte Werbekarte der Hindenburg-Del-Verkaufsgesellschaft in Bremen vor, die von der Firma „Mit deutschem Gruß“ an die Vorstände verschiedener Vereine versandt wird, mit dem Ersuchen, die Karte im Vereinszimmer zum Ausdang gelangen zu lassen. Die Karte trägt die Ueberschrift „Deutschlands Nachbereich im Weltkrieg 1914—1918“ und zeigt die ungeheuren Vönderstreden, die die deutschen Armeen während des Weltkrieges in Europa und Asien besetzt hielten. Daneben werden Tabellen angeführt, aus denen hervorgeht,

wieviel Quadratkilometer fremden Landes erobert, wieviel Waffen und Gefangene eingebracht, wieviel feindliche Kriegsschiffe zerstört und Handelschiffe versenkt worden sind. Zwischen allen diesen Angaben prangt in fahlschwarzer Schrift der Ausspruch Hindenburgs:

„Nie wollen wir vergessen, was unser Vaterland in schwerer Zeit geleistet hat. Dann wird in uns auch der Glaube fortleben, daß Deutschland auch in Zukunft befähigt sein wird, großes zu vollbringen.“

gez. von Hindenburg.

Wir können nicht annehmen, daß die betriebsame Bremer Firma den Namen und den Ausspruch Hindenburgs ohne sein Wissen und Willen für ihren Reklamewerbung benutzte. Wir können das um so weniger, als die Karte neben einem Verzeichnis des Vorstandes der Firma, in dem zwei Generäle sitzen, und des Kuratoriums, dem vier Generale, ein Obergeneralarzt, ein Senator und ein Oberleutnant angehören, folgende Inschrift bringt:

„Laut § 24 des Gesellschaftsvertrages werden von den durch die Bilanz ermittelten Jahresgewinnen der Gesellschaft 10 Prozent alljährlich Sr. Exzellenz Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg zu seiner freien Verföhrung übermittle, der diesen Betrag zur Linderung der Not seiner einstigen tapferen treuen Kriegskameraden verwenden will.“

Herr Hindenburg will also seinen Gewinnanteil an der Bremer Handelsgesellschaft zur Unterstützung seiner Kriegskameraden verwenden. Mit den Prozenten der Hindenburg-Del-Verkaufsgesellschaft soll wohl Del auf die Wunden gegossen werden, die der Feldmarschall Hindenburg unähligen deutschen Kriegeren verursacht hat. Die Absicht ist löblich, wenn wir uns auch nicht den geringsten Erfolg davon verprechen. Aber ein greulicher Unfug ist es, wenn zur Befriedigung dieser persönlichen Absicht des alten Hindenburg erneut Reklame für den Blutwahnsinn des Weltkrieges gemacht wird.

Oder sollten wir uns irren? Soll die Reklame für den Kriegswahnsinn und der Hinweis auf die phlantropischen Absichten des abgetakelten Feldmarschalls vielleicht nur als Kulisse dafür dienen, um für eine betriebsame Firma einen höheren Profit herauszuschinden? Zuzutuen wäre es den Herren schon.

Willfür gegen Betriebsräte

Der Unternehmer-Syndikus als Beschwerdestelle.

Auf Grund des § 103 des Betriebsräte-Gesetzes ist beim Reichswirtschaftsrat eine Beschwerdestelle errichtet worden, die bei Streitigkeiten über die Errichtung, Zusammensetzung der Betriebsräte usw. zu entscheiden hat, soweit sich die Unternehmung über den Bezirk eines Landes hinaus erstreckt. Der Reichswirtschaftsrat hat für diesen Zweck einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuß eingesetzt. Bei den Etatberatungen über den Reichswirtschaftsrat im Haushaltsausschuß des Reichstages hat Gen. Aufhäuser mitgeteilt, daß dieser Beschwerdeausschuß, der in seinen Befugnissen einer rechtsprechenden Stelle gleichkommt, bis heute noch immer geordneter Verfahrensvorschriften entbehrt. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß dieser Ausschuß in einzelnen Fällen seine Befugnisse weit überschritten hat und unter den Betriebsräten eine wachsende Rechtsunsicherheit eingetreten ist. Im übrigen sei es unzulässig, daß ein hauptamtlich als Unternehmer-Syndikus tätiges Mitglied dieses Ausschusses die laufenden Geschäfte des Beschwerdeausschusses, zu denen auch die Auskunfterteilung gehört, ausübt. Die Genossen Aufhäuser und Dr. Herz legten deshalb dem Hauptausschuß folgende Entschlieöung vor:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, für den beim vorl. Reichswirtschaftsrat auf Grund der §§ 93, 94 und 103 des B.R.G. bestehenden Betriebsräte-ausschuß unzerstücklich Ausschüßungsbestimmungen zu erlassen. Diese rechtsprechende Stelle des vorl. RW. beharf insbesondere einwandfreier Verfahrensvorschriften, und es ist dafür zu sorgen, daß die Erteilung von Rechtsauskünften über das Betriebsrätegesetz sowie die geschäftsführende Tätigkeit des Ausschusses einem neutralen Sekretär übertragen wird. Der derzeitige Geschäftsführer beim Betriebsräteauschuß des vorl. RW. ist gleichzeitig hauptamtlich tätiger Unternehmer-Syndikus.“

Diese Entschlieöung wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Abgeordneten abgelehnt, nachdem vorher auch der Reichswirtschaftsminister den Reichstag zur Erledigung der Angelegenheit als unzulässig bezeichnet hatte. Dieser Einwand ist falsch, denn die Mittel für den Reichswirtschaftsrat werden vom Reichstag bewilligt, und aus dem Etat des RW muß auch das Gehalt für das geschäftsführende Ausschüßmitglied des Beschwerdeausschusses bestritten werden. Auch der weitere Einwand, daß der Reichsarbeitsminister für die Durchführung des Betriebsrätegesetzes zuständig sei, ist nicht stichhaltig, denn der Reichswirtschaftsrat untersteht dem Reichswirtschaftsminister. Immerhin wird die U.S.P.-Fraktion bei dem Etat des Reichsarbeitsministeriums erneut im Sinne der Entschlieöung vorgehen und auch bei den Beratungen im Plenum des Reichstages auf die Angelegenheit zurückkommen. Man sollte meinen, daß auch die bürgerlichen Parteien noch jenes Mindestmaß an Objektivität aufbringen, um sich gegen eine Personalanunion zu wenden, bei der ein vom organisierten Unternehmertum besetzter Syndikus gleichzeitig als Geschäftsführer des Betriebsräteauschusses Besüße aus der Reichskasse hat, Ganz abgesehen davon aber ist es unerträglich, die Betriebsräte einem derartigen mit geordneter Rechtsprechung unvereinbarem Beschwerdeverfahren auszuliefern.

Die Berliner Konferenz

Anträge der Moskauer Exekutive.

(Intel.) Moskau, 20. März.

Die erweiterte Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Exekutive akzeptiert die von der Wiener Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagene Tagesordnung der Berliner Konferenz. Sie beantragt aber, diese Tagesordnung durch folgende Punkte zu ergänzen: Vorbereitung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, Hilfeleistung bei der Wiederaufrichtung des russischen Wirtschaftslebens, Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete und der imperialistische Friede von Versailles. Die Exekutive gibt ferner der Ueberzeugung Ausdruck, daß es angesichts der ganzen Weltlage zweckdienlich wäre, wenn die internationale Konferenz der Arbeiterorganisationen zu gleicher Zeit mit der Wirtschaftskonferenz von Genua stattfinden würde.

Die Stellung der italienischen Parteiliste

Am 18. März erstattete der Genosse Serrati in einer Sitzung der italienischen Parteiliste Bericht über die Frankfurter Konferenz. Die Parteiliste billigte die von Serrati in Frankfurt abgegebene Erklärung und bestimmte als Delegierte zu der in Vorbereitung befindlichen Konferenz der drei internationalen die Genossen Fioritto, Generalsekretär der Partei, Paratono und Serrati. Folgende Entschlieöung wurde einstimmig angenommen:

„Nach Anhören des durch Genossen Serrati über die Frankfurter Konferenz erstatteten Berichtes und unter Berufung auf die färglich gemeinsam mit dem Allgemeinen italienischen Arbeitsbund nach dem Kongreß von Mailand gefaßten Beschlüsse, sowie im Hinblick auf die letzte, ebenfalls auf die Bildung einer Einheitsfront der Proletarier aller Länder zur Verteidigung der wichtigsten Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiter gegen Reaktion und neue Kriegsgefahren gerichteten Haltung der Exekutive der dritten Internationale; ferner in der Erwägung, daß diese internationale Aktion nicht zum Vorzuge hat, eine neue Theorie sozialistischer Organisation zu schaffen, sondern ausschließlich aus Gründen, die allen Fraktionen des internationalen Sozialismus und des Proletariats gemeinsam sind, ein praktisches Ziel erreichen will, billigt die Parteiliste die vom Genossen Serrati als Vertreter der Partei auf den Frankfurter Konferenz angenommene Haltung, und indem sie sich die in dem programmatischen Inhalt der wichtigen Resolutionen enthaltenen Reserven zu eigen macht, delegiert sie in Uebereinstimmung mit dem ausdrücklichen Programm einer Reorganisation des internationalen Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes die Genossen Fioritto, Paratono und Serrati als Vertreter zu der bevorstehenden Berliner Konferenz. Indem sie dem Tunliche Ausdruck gibt, daß das Proletariat aller Länder in eine internationale Einheitsfront gegen die sich verbündende imperialistische Reaktion tritt, beauftragt sie die genannten Genossen, auf der Berliner Konferenz jene Fraktionen zu vertreten, die die italienische Partei seit dem europäischen Konflikt bis heute geleitet haben.“

Proletariat und Volkskirche

Von Adolf Hilwahn

Karl Rennicke hat im Verlag Eugen Dieckhoff in Jena eine Flugchrift „Proletariat und Volkskirche“ herausgebracht (Preis 1,50 Mark), dessen wesentliche Gedankengänge die Beachtung aller religiösen interessierten Sozialisten in hohem Maße verdienen. Es handelt sich in dieser Schrift um das Problem der protestantischen Kirche. Die katholische Kirche befindet sich nach der Meinung des Verfassers erst im Anfang einer fortwährenden Zerföhrung. — Welsch wird ja das Problem der Kirche von vornherein mit einer geringfügigen Handbewegung abgewiesen, aber über viele ist doch die beunruhigende Erkenntnis gekommen, daß das Wesen der menschlichen Gesellschaft eine religiöse Bestimmtheit fordert, und daß eine religiöse Erweckung des Proletariats eine Lebensfrage der modernen Gesellschaft ist, weil in der kommenden Epoche das Proletariat für die Gestaltung der Kultur der ausschlaggebende Volksteil sein wird. Und nicht nur die Notwendigkeit einer religiösen Einstellung einzelner oder kleinerer Gruppen wird mit tiefer Beunruhigung empfunden, sondern auch die Notwendigkeit des Vorhandenseins einer Kirche, einer größeren religiösen Gemeinschaft, die die Aufgabe der gesellschaftsbildenden Führung übernehmen könnte, tritt immer mehr ins Bewußtsein. Diese Erkenntnisse sind deshalb so beunruhigend, weil die Situation der protestantischen Kirche der Gegenwart derart ist, daß sie diese Aufgaben nicht übernehmen kann. Die Kirche selbst sieht es zwar noch nicht ein, daß die kirchliche Christlichkeit in unserem heutigen Volksleben einfach ein Fremdkörper ist, denn sie hofft immer noch „Volkskirche“ werden zu können, d. h. alle religiösen Kräfte umfassen und eine neue religiöse Durchdringung des Volksglaubens verwirklichen zu können. Aber es ist doch so, daß der Kirche die Massen, und zwar handelt es sich um den bestimmenden Teil des Volkes, fehlen, weil eine unüberbrückbare Kluft zwischen der christlichen Lebensanschauung und den Bahnen des modernen Gesellschaftslebens besteht, was der Verfasser an dem Verhalten der Kirche gegenüber dem modernen Kaufgedanken und gegenüber der heutigen Sexualempfinden überzeugend aufzeigt. „Das Ideal einer Volkskirche ist demnach völlig utopisch, um nicht zu sagen unmöglich.“

In einem zweiten Abschnitt wird dann die religiöse Situation des proletarischen Menschen untersucht. Es werden als Tatsachen festgestellt, daß der Arbeiter so gut wie kein Ver-

hältnis zu persönlicher Religiosität mehr hat, da ihn die gesellschaftliche Entwicklung völlig auf den äußeren Existenzkampf eingestellt hat, daß der Proletarier als Massenmensch völlig vom allgemeinen Verhalten bestimmt wird und so ohne Gefühl für sittliche und religiöse Normen ist, und daß es ein völlig hoffnungsloses Beginnen wäre, wenn man den Arbeiter zu einer bestimmten Religionsanschauung zurückgewinnen wollte, weil er sich bei der Unsicherheit, die der Konglomeratcharakter seines Bewußtseins für ihn mit sich bringt, in dem Kampf der Anschauungen immer nur als Spielball fühlen wird.

In einem dritten Abschnitt sieht der Verfasser dann die Folgerungen aus den geschilderten Tatsachen. Da auch jetzt noch die Kirche in ihrem Wesen, in ihrer Verfassung und in dem Verhalten ihrer Pfarrer völlig auf die kleinbürgerlich-bürgerliche Schicht eingestellt bleibt, so konstituiert sie sich damit für das Bewußtsein der Arbeiterschaft als Bourgeois-Kirche. Es bleibt daneben also nur die Hoffnung auf eine Proletarierkirche, wenn man diese Hoffnung angesichts der Tatsache, daß der Arbeiter im großen und ganzen nichts von Religion weiß und nichts wissen will, überhaupt aufrecht erhalten kann. Aber, so meint der Verfasser, und so lauten die Erfahrungen aller derer, die es verstehen hinter die Oberflächenerfahrungen zu blicken, das Proletariat dreht geradeu selbst aus seiner tiefsten Seele heraus nach einer religiösen Wiedergeburt. Diese Sehnsucht ist nicht nur in einzelnen zu finden, sondern auch in der sozialistischen Bewegung, wenn diese mit tiefer innerer Leidenschaft hindrängt nach dem Land der Verheißung, dem Land der proletarischen Brüdergemeinschaft, in dem es dem deutigen Massenmenschen erst vergönnt sein wird, wirklicher Mensch mit einem eigenen Wertgefühl zu sein. In dieser Sehnsucht nach einem wahren Menschsein liegt das dem Proletarier gemäöe religiöse Schamgefühl.

Es wird aber der Weg der Gemeinschaft zu gehen sein, in der durch die Verührung mit religiös gereiften Menschen der Proletarier den Mut zu ihrer Seele neu gewinnen können. Der Geist dieser neuen Gemeinschaft wird zugleich der Geist der Freiheit sein müssen. Es gilt frei zu sein von jeder überkommenen dogmatischen Engherzigkeit, um überall das Wirken Gottes sehen zu können. Verschiedene Güte und die Liebe, die allein die tieferen Kräfte wecken kann, werden diese Gemeinschaften durchziehen. So kann allein wieder ethischer Geist freigemacht werden zur Lösung der heutigen Gesellschaftsfrage.

Außer den hier skizzierten Gedankengängen birgt das Heft noch eine Fülle wertvoller Bemerkungen zur Kultur-

psychologie des Proletariats, Bemerkungen, die alle eigenen Ergänzungen entbehren. Eine außerordentlich interessante Ergänzung hierzu bietet der Aufsatz des Verfassers „Neu-Katholizismus“ in der „Hilfe“, Nr. 37, Jahrgang 1920.

Die Schrift Rennickes zeugt von einem heiligen Wirklichkeitsinn, der vor schwerwiegenden Erkenntnissen nicht zurückschreckt, von einem Wirklichkeitsinn, der von jeder krampfhaften Hoffnung, von jedem unbedrückerten Idealismus wie von jedem Scheitern der Dinge gleich weit entfernt ist. Dieser Wirklichkeitsinn ist dem marxistischen verwandt. Beide Wirklichkeiten, die innere und die äußere, sind von Gott. Welchen will Rennicke zur Entfaltung verhelfen. Der Verfasser spricht hier, ohne es ausdrücklich zu sagen, von seinem innersten Beruf von seiner Aufgabe, zu der er sich im Tragen der ungeheuren inneren und äußeren Art unserer Auflösungszeit, in der das Alte zerbricht und das Neue noch nicht da ist, durchgerungen hat. Die tiefe Ehrlichkeit dieses starken und beherrschten religiösen Willens nötigt zur Ehrfurcht und zur Nachsicht.

Wenn ich etwas zur Kritik der Auffassungen Rennickes sagen soll, so wäre es folgendes: nach meinem Dafürhalten besteht die Möglichkeit einer Neuorientierung der protestantischen Kirche, wenn es den immer mehr emporkommenden Gruppen sozialistischer Kirchenfreunde im Bunde mit einer Kirchenwahlbeteiligung der sozialistischen Parteien gelingt, entscheidenden Einfluß zu gewinnen. (Das erscheint uns sehr zweifelhaft. Die Redaktion.) Das wird allerdings nicht von einer Gemeinschaftsbildung im Sinne des Verfassers abhängen. — Zur Kritik werde weiter zu sagen, daß sich mit der Sehnsucht nach dem Persönlichkeitserlebnis das Grundgefühl der proletarischen Religiosität nicht erschöpft, daß vielmehr die Sehnsucht nach einem Riggerissen, und Ueberwältigt werden vielleicht noch stärker ist. Rennicke sieht ja zwar auch diese „neukatholische“ Struktur der proletarischen Seele, er hält sie aber für etwas Verhängliches, für etwas, was der Proletarier selbst aus seinem tiefsten Wesen heraus überwinden will. Genießt in die Konfirmierung des Willens zur Selbstständigkeit der Einzelserie richtig. Es gilt aber das Emporkommen einer religiösen Einstellung bei den Demonstrationszügen, den Raufereien, den Prezelkerparaden, den menschenlichen proletarischen Feiern, dem proletarischen Sprachreicht und bei der unbedingten Bindung an das Parteiprogramm nicht zu übersehen. Ueberall da dröhnt es sich um das Aufleben eines erlösenden Lebensgefühl in der Hingabe an ein Ganzes und Ganzes, um die Abzählung einer mehr katholisch orientierten

Rückwärts

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

S. A. In den Ausschüssen des Reichstages, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu befassen haben, wird von den sämtlichen bürgerlichen Parteien weiterhin munter abgehandelt, was irgendwie noch zum Schutz der Arbeiterklasse dienen könnte. So haben die Beratungen des Hauptauschusses über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums in den letzten Tagen bestätigt, daß mit allen Resten von Gemeinwirtschaft zugunsten kapitalistischer Sonderinteressen aufgeräumt werden soll. Gen. Brandes konnte feststellen, daß die Stahlpreise gegenüber der Friedenszeit nicht weniger als das 7fache, die Eisenpreise bereits das 5fache erreicht haben. Die maßlose Erhöhung der Kohlenpreise war damit begründet worden, daß die gesteigerten Einnahmen zum technischen Ausbau der Zechen verwendet werden sollen, d. h. also, daß die Zechenbarone nicht nötig haben, ihre maßlosen Gewinne zur Verbesserung der Produktionsanlagen anzugreifen. Aber darüber hinaus mußte der Reichswirtschaftsminister im Hauptauschuß eingestehen, daß auch in keiner Weise die Gewähr dafür geboten sei, ob die gesteigerten Einnahmen auch tatsächlich zur Verbesserung der Produktionsmittel Verwendung finden. Auf die Anfrage des Abg. Huc, ob es zuträfe, daß Stinnes für die Kohlenlieferungen an Frankreich 9 Fres. pro Tonne vergütet bekomme, erfolgte eine Antwort, die diese Behauptung bestärkte. Der Kohlenmangel in Deutschland ist darauf zurückzuführen, daß eben die Ausfuhr der Kohle größeren Profit bringt. Das ganze Bild unseres wirtschaftlichen Betriebes — das haben die Hauptauschußverhandlungen mit aller Deutlichkeit bewiesen — zeigt immer wieder den vollen Sieg privater Sonderinteressen und die Aufgabe volkswirtschaftlicher Lebensnotwendigkeiten.

Je mehr der Profit des kapitalistischen Unternehmertums wächst, um so früher werden die Opfer, die die bürgerlichen Parteien den Arbeitern und Angestellten zumuten. Ueberstunden im Bergbau und Durchkreuzung des Achtstundentages waren wiederum das Rezit der bürgerlichen Abgeordneten. Der Abg. Dr. Reichert (Unternehmerindus) ließ keinen Zweifel darüber, daß bei der Regelung der Arbeitszeit die Ausnahmen vom Achtstundentag zum Prinzip erhoben werden müßten, denn die Befestigung des Achtstundentages sei noch nicht reif.

Gegenüber der Behauptung, daß die großen Unternehmungen bei uns wiederum im Geld schwimmen, meinte Dr. Reichert: man hätte doch die Gelder, die das Unternehmertum im abgetretenen Gebiet vom Reich bekommen habe, wiederum anlegen müssen. Als diese Mittel seinerzeit angefordert worden sind, haben aber die Unternehmer — wie noch erinnerlich — großen Kapitalmangel vorzuliegen lassen.

Ein sichtlich Unbehagen bereitete den bürgerlichen Parteien die vom Gen. Dr. Herz aufgestellte und bewiesene Behauptung, daß die Arbeitsintensität und Arbeitsleistung außerordentlich gestiegen sei und z. B. im Braunkohlenbergbau bei verminderter Arbeiterzahl eine gesteigerte Förderung festgestellt werden müsse. Neheliche Ergebnisse zeigen andere Industrieerbetriebe. Der Vorschlag zunächst allgemein Feststellungen über die Arbeitsintensität zu machen, fand aber bei den bürgerlichen Kapitalsvertretern keine Zustimmung. Ebenso mußte der Präsident des Statistischen Amtes behaupten, daß seine Versuche, die Unternehmergewinne festzustellen, fehlerbehaftet seien.

Um aber auch jeden Schein zu vermeiden, als könnte in der deutschen Republik auch nur irgendeine Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft geduldet werden, wurde bei dem Haushalt der Sozialisierungskommission für die insgesamt die geringe Summe von 500 000 Mark vorgesehene Max. beantragt, diesen Titel völlig zu streichen, d. h. die Sozialisierungskommission aufzulösen, der Vorwand, daß die Sozi-

alisierungskommission neben dem Reichswirtschaftsrat überflüssig geworden sei, und alle möglichen Sparmaßnahmsmaßnahmen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich auch hier um einen bewußten politischen Vorstoß gegen die Arbeiterschaft handelt. Die Sozialisierungskommission löste sich so wurde geklappt mit der Salustiafrage, dem Reparationsproblem und anderen nicht zur Sozialisierung gehörenden Fragen beschäftigt. Mit Recht konnte Aufhäuser erwidern, daß der Zusammenhang zwischen den Produktions- und den Finanzfragen sonst doch auch bei den Gegnern der Sozialisierung durchaus anerkannt werde. Die Industriellen haben vor einigen Monaten an ihrer Tagung in München an die Aufnahme einer Kreditaktion die Bedingung geknüpft, ihnen die Ueberführung der Eisenbahn in den Privatbesitz zu garantieren. Der Besitz der Eisenbahn, so wurde argumentiert, erhöhe die Kreditfähigkeit der deutschen Industrie im Ausland. Mit demselben Rechte müssen wir erklären, die Sozialisierung der Eisenbahn erhöhe die Kreditfähigkeit des Reiches. Im übrigen hatte der Reichspräsident durch Verordnung erst kürzlich die Sozialisierungskommission beauftragt, in eine Prüfung über die Oekonomisierung der Eisenbahn einzutreten, und es mutet merkwürdig an, daß man diese Körperschaft, deren wissenschaftliche Arbeiten unbedingt anerkannt werden müssen, gerade in diesem Augenblick in dem sie vor eine neue große Aufgabe gestellt ist, auflösen will.

Diese Tendenz, jeden auch noch so geringen Einfluß der Arbeitnehmer aufzuheben, zeigte sich schließlich auch noch bei der Beratung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Nachdem von allen Seiten betont worden war, daß der vorläufige bald durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat und durch Bezirkswirtschaftsräte ersetzt werden müsse, stellte Gen. Aufhäuser an Hand von Material fest, daß sowohl die sozialistischen Repräsentationen der Länder, als auch die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern mit aller Kraft daran arbeiten, vor dem Zustandekommen des endgültigen Reichswirtschaftsrates Einrichtungen zu schaffen, die alsdann eine Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung unmöglich machen. Gen. A. richtete folgende drei Fragen an den Reichswirtschaftsminister:

1. Der Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags hat kürzlich einen Antrag Freiberger-Kohlewerke angenommen, welcher die Errichtung eines kaiserlichen „Bleifolks-Beratungsrates“, der sich als Bezirkswirtschaftsrat im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung darstellt, bewirkt. Ist der Herr Reichswirtschaftsminister bereit, die gegen die Reichsverfassung verstoßende Errichtung eines kaiserlichen Landwirtschaftsrates außerhalb der reichsrechtlichen Regelung zu verhindern, um die der Reichsregierung zustehende einheitliche Organstruktur der Wirtschaftsräte, Bezirkswirtschaftsräte, des Reichsarbeiter- und des Reichswirtschaftsrates zu sichern?
2. Dem Vernehmen nach hat das Ernährungs-Ministerium einen Entwurf für die neue zentrale Regelung der Landwirtschaftskammern herausgegeben, wonach einer Zahl von etwa 140 selbständigen Landwirten nur 17 Vertreter der Landarbeitler zuzurechnen seien. Wird das Reichswirtschaftsministerium dafür sorgen, daß eine solche, dem Inhalt des Artikels 165 der Verfassung zuwiderlaufende Sonderregelung unterbleibt und die Reorganisation der landwirtschaftlichen Versuchskammern zeitlich und sachlich zusammen mit der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte erfolgt?
3. Ist dem Herrn Reichswirtschaftsminister bekannt, daß nach einem Antrag des organisierten Sonderwerks der Handwerks- und Gewerkschaften als öffentlich rechtliche Körperschaft anerkannt, ohne daß andererseits eine entsprechende zentrale öffentlich rechtliche Vertretung der Arbeitnehmer errichtet werden soll? Ist der Herr Reichswirtschaftsminister bereit einzuwilligen, damit eine einseitige rechtliche Unternehmernvertretung der Handwerks vor der Schaffung der im Artikel 165 vorgesehenen gemeinsamen Wirtschaftsvertretungen (Reichswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat usw.) unterbunden wird?

Aus der Antwort des Ministers ging hervor, daß sowohl die bayerische Regierung als auch die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern bei der Reichsregierung kaum irgendwelchen Widerstand finden werden, um sich von ihrem Vorhaben abbringen zu lassen. Zur ersten Frage glaubte der Minister eine rechtzeitige Verständigung mit der bayerischen Regierung abwarten zu dürfen! Die zweite Frage soll zunächst im Kabinett geklärt werden. Das

notwendige und einzig richtige Nein ist jedenfalls nicht ausgesprochen worden. Ebenso war die Antwort auf die Frage drei unbefriedigend.

Wenn die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern erst ihren zentralen Aufbau vorgenommen und die öffentlich-rechtliche Grundfrage gelöst haben, dann brauchen sich Regierung, Reichstag und Arbeitnehmer über den Aufbau des endgültigen Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte her Kopf nicht weiter zu zerbrechen. Von der im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Gleichberechtigung der Arbeitnehmer ist bei alledem natürlich nicht die Rede. Aber selbst die Sabotierung dieser bestreitetsten Arbeitnehmerrechte wird immer weiter getrieben, ohne daß ein Einreifen der Regierung zu beobachten wäre. Die Mehrheit des Reichstages — das haben die Verhandlungen im Hauptauschuß bewiesen — ist mit dem verfassungswidrigen Ausbau der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern durchaus einverstanden, die Arbeiter und Angestellten aber werden, wenn die Dinge noch einige Zeit so weiter gehen, die Betrogenen sein.

Anträge zum preussischen Etat

Unsere Genossen haben für die Beratungen folgende Anträge eingebracht:

- Anträge Nr. 11/18 u. 15 zum Haushalt des Ministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1922:
Der Staatsrat wird aufgehoben. Alle auf den Staatsrat bezüglichen Bestimmungen der Verfassung treten außer Kraft.
Das gesamte Polizeiwesen wird den Gemeinden übertragen, die Kosten übernimmt das Reich.
Das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung wird beibehalten. Die Kosten in Höhe von 22 000 M. sind zu streichen.
Das Staatsministerium wird ersucht, dem Landtag schleunigst eine genaue Aufstellung über Organisation und Gliederung der Schutzpolizei vorzulegen, und zwar nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Zahl, Stärke und örtliche Verteilung der in Grenzen vorhandenen Polizeiformationen;
2. Umfang und Art der Bewaffnung sowie zahlenmäßiger Nachweis der vorhandenen Waffen und Rohmaterial;
3. Zahl und Art der für den Nachrichtendienst verwendeten Geräte und Einrichtungen.

Calonders Vermittlung

Genf, 21. März.

Heute begann Präsident Calonder seine Vermittlungsaktion zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten, die jedoch gleichzeitig noch ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzen. Dabei gelang es in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten sollen morgen fortgesetzt werden. Bleiben sie ergebnislos, oder ist eine Einigung auf der ganzen Linie nicht zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mitog das vorgesehene Schiedsverfahren mit einer öffentlichen Vollziehung der Konferenz einsehen. Der Schiedsspruch soll dann etwa zwei Tage später verkündet werden.

Französisches aus Memel

Memel, 21. März.

Nachdem vor einigen Tagen die sozialistische Memeler Volksstimme wegen Veröffentlichung von Karikaturen Poincarés und französischer Generale, die in einer aus Berlin bezogenen Beilage entfallen waren, verboten worden ist, ist jetzt der Schriftleiter des Blattes bestatigt ausgesessen worden. Das Gewerkschaftsblatt beschloß laut Memeler Dampfboot, als Protest gegen die Maßnahmen des Oberkommissars heute in den Betrieben eine Urabstimmung über einen eventuellen Generalkstreik vorzunehmen.

Der englische Arbeitskonflikt

Erneute Verhandlungen

(Intef.) London, 22. März.

Da der Generalkonferenz der Trade Union eine Erklärung des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes, Allan Smith, als eine Einladung zu neuen Verhandlungen anfohr, wurde in einer gemeinsamen Besprechung des Generalkonferenz der Trade Union und der Labour Party eine Delegation ernannt, die mit Smith über seine Erklärung diskutieren sollte. Das Ergebnis dieser Besprechung, die um 9 Uhr abends begann, ist noch nicht bekannt. Für Freitag wurde eine Delegiertenkonferenz der Arbeiterunionen einberufen, auf der die Ergebnisse der Urabstimmung der qualifizierten Arbeiter bekanntgegeben werden.

Keine Nachrichten

Die Holzerei bei den Kommunisten. Vor einigen Tagen hatte, wie bereits gemeldet, die kommunistische Arbeitsgemeinschaft in Köln sich in den Besitz des dort erscheinenden Organes „Sozialistische Republik“ gesetzt. Die nun aus Köln gemeldet wird, hat die kommunistische Partei wieder mit Gewalt von der Zeitung Besitz ergriffen.

Deutschnationaler Redaktionsstreik. Das Redaktionspersonal der „Deutschen Tageszeitung“ (deutschnational) ist heute abend wegen Differenzen mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat in den Ausstand getreten.

Wahlen im Burgenland. Die Wahlen für den Nationalrat und den burgenländischen Landtag in den an Oesterreich abgetretenen Teilen des Burgenlandes sind auf den 21. Mai festgesetzt worden. In den Nationalrat entsendet die burgenländische Bevölkerung 9 Abgeordnete.

Streik in den italienischen Häfen. Der Sekretär der italienischen Hafenarbeiterorganisation stellt mit, daß sich der in Hafen von Venedig ausbrochene Streik auf alle italienischen Häfen ausgedehnt habe. In Venedig sind Arbeitsmangel unter dem Schutz von Polizei und Nationalgarden. Es kam zu Zusammenstößen mit den Streikenden. Auch in Brindisi, wo die Hafenarbeiter unter den Arbeitslosen Streikbrecher anzuwerben suchten, kam es zu Unruhen, bei denen die Polizei einschritt. Der Verband der Hafenarbeiter von Genoa forderte in einem Telegramm die italienische Regierung auf, sofort eine in Venedig und Brindisi ausgebrochene Aktion zugunsten der streikenden Hafenarbeiter einzuleiten.

Frömmigkeit, für die vielleicht sogar wieder Autorität und Bekanntheit, allerdings in neuer Weise in Geltung treten werden. — In engem Zusammenhang damit steht, daß Mendische, auch wieder aus seiner neuprotestantischen Einstellung heraus, das Moment des Mythos völlig übersehen hat. Es gibt nicht keine Religion, zum mindesten keine religiöse Gemeinschaft oder Kirche ohne Mythos. Es müssen aber wohl, wenn eine proletarische Religion erwächst, auch ein neuer Mythos und neue religiöse Symbole kommen. Bis jetzt läßt sich allerdings nur wenig von ihnen erahnen, und doch kann man hinführen auf die neue Heiligenverehrung des Proletariats, auf das proletarische Naturgefühl und auf die Vorliebe für das Geheimnisvolle im Bild, in Okkultismus, Spiritismus usw. Danach möchte ich sogar sagen, daß die Arbeiter noch leichter zu einem neuen Mythos kommen werden als die Gebildeten, denn sie stehen, gerade weil die Verstandeskultur nicht ihre eigentliche Seele berührt, den Kindern nahe. Und Kinder wollen unmittelbare Anschaulichkeiten, die eine beheimisshafte suggestiv Kraft ausströmen. Suggestio im religiösen Sinne wirken aber diejenigen Dinge, Personen oder Geschehnisse, die vom vorbegrifflichen Gefühlsmitteln, d. h. aber vom mythischen Wissen, als etwas Ueberragendes erlebt werden. — Man kann hier natürlich nicht propheteien, aber man kann zum Vorzeichen auch auf Strömungen, die gerade erst anfangen, und zum wissenden Helfen aufpassen.

Ein Konflikt in der Berliner Akademie der Künste. Infolge eines Konfliktes, der bei der letzten Mitglieberschaft in der Kunstakademie der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder in der Berliner Akademie der Künste ausbrach, hat die Kunstakademiekommissionen der Akademie ihre Bemerkungen niedergelegt. Es ist anzunehmen, daß der Kurator der Akademie, der Kulturminister, durch sein Eintreten eine Neuwahl ermöglicht, und daß sich dann die Ablehnung der Wahlvorschlüge der „Jungen“ nicht wiederholt.

Der letzte Akt von Der W. Nach dem Scheitern des „Meier Rollen“ von Eduard Mörike hat Max Trapp ein Puppenspiel geschrieben, das am vergangenen Dienstag im Schillertheater am ParkstraÙe zum ersten Mal vor den Kindern aufgeführt wurde. — In einem wenig kleinen Bühnenraum, nicht größer als ein Schülerreißbrett, bewies sich die Handlung auf Puppe gerechnete Puppen, an beweglichen Holzfiguren befestigt, waren die Darsteller. Mit den bekannten schulischen und östlichen Mitteln wurden die reichlichsten Wirkungen hervorgebracht: düstere Szenen, amüsante, komische und geistvoll-prosa, selbstverwirklichte und selbstverwirklichte, bewegte See mit Blitz und Donner, Cespensieroperationen und

dergleichen. Ganz wie beim großen Theater. Die technische Handhabung dieses kleinen Wunders besorgte Frau Trapp. Die Dekorationen und Puppen sind von Max Trapp der auch die Musik für den „Lehnen König von Orloff“ geschrieben hat. Ein gutes Kammerorchester und die Gelangseimlösen von Emma Groß trugen zum Gelingen bei. Die zahlreich erschienene Schulfugend spendete fürwärtigen Beifall. G. K.

Das Hochhaus für die Reichsbehörden. Für das Hochhaus für die Reichsbehörden, dessen Plan neulich im Hauptauschuß des Reichstages einstimmig gebilligt wurde, ist die Wahl des Baumeisters noch nicht erfolgt. Neben dem Königlich-kommunen der „Baumeister“ zufolge noch mehrere andere Bewerber in Frage. Der Innenminister Dr. Koerber erklärte, daß die Frage von Fachleuten geprüft werde, und daß diese Arbeiten beschleunigt werden sollen. Das Reichskabinett wird sich in nächster Zeit mit der Angelegenheit befassen und dann eine Entscheidung fällen.

Tages-Notizen

Der Bildungsausschuß des Reichstages hat heute in der 11. Sitzung die Bildung eines Ausschusses für die Errichtung eines Reichswirtschaftsrates beschlossen. Der Ausschuss soll die Aufgabe haben, die Organisation des Reichswirtschaftsrates zu untersuchen und dem Reichstag darüber Bericht zu erstatten. Der Ausschuss wird aus 12 Mitgliedern bestehen, die von den verschiedenen Parteien des Reichstages ernannt werden.

Die lange Bahn nach Tannau. Die Bahn nach Tannau, die von Tannau nach Berlin führt, ist am 21. März eröffnet worden. Die Bahn ist 110 Kilometer lang und führt durch die schönsten Landschaften der Provinz Pommern.

Die neue Postkammer. Die neue Postkammer in Berlin ist am 21. März eröffnet worden. Die Kammer ist 1000 Quadratmeter groß und wird für die Postverwaltung der Hauptstadt dienen.

Die neue Postkammer. Die neue Postkammer in Berlin ist am 21. März eröffnet worden. Die Kammer ist 1000 Quadratmeter groß und wird für die Postverwaltung der Hauptstadt dienen.

Die neue Postkammer. Die neue Postkammer in Berlin ist am 21. März eröffnet worden. Die Kammer ist 1000 Quadratmeter groß und wird für die Postverwaltung der Hauptstadt dienen.

Die neue Postkammer. Die neue Postkammer in Berlin ist am 21. März eröffnet worden. Die Kammer ist 1000 Quadratmeter groß und wird für die Postverwaltung der Hauptstadt dienen.

Die neue Postkammer. Die neue Postkammer in Berlin ist am 21. März eröffnet worden. Die Kammer ist 1000 Quadratmeter groß und wird für die Postverwaltung der Hauptstadt dienen.

